

Wirtschaft

Swisscom baute bereits über 100 5G-Antennen

Mobilfunk Der Telecomanbieter Swisscom ist trotz Widerständen in der Politik beim Aufbau seines 5G-Mobilfunknetzes vorangekommen. Laut Swisscom-Konzernchef Urs Schaeppi installierte das Unternehmen bereits über 100 entsprechende Antennen in 58 Ortschaften. Das erklärte Ziel der Swisscom ist es, bis Ende Jahr 90 Prozent der Bevölkerung mit dem neuen Mobilfunkstandard 5G zu versorgen. «Wir sind eigentlich auf Kurs. Aber durch die angekündigten Moratorien tun wir uns im Moment sehr schwer mit der Standortsuche für Antennen», sagte Schaeppi in einem Interview mit der «NZZ am Sonntag». Es komme deshalb zu Verzögerungen beim Neubau oder beim Umbau alter Antennen. (sda)

Nachrichten

Rauswurf von Marken lässt Konsumenten kalt

Detailhandel Wenn Coop oder Migros Produkte von Nestlé oder Mars aus dem Sortiment streichen, stört das die Konsumenten wenig. Das zeigt eine Analyse der Beratungsfirma Oliver Wyman, wie die «SonntagsZeitung» schreibt. Über der Hälfte aller Kunden ist es demnach egal, wenn im Regal einzelne Markenprodukte fehlen. Drei von vier Konsumenten bemerken die Lücken gar nicht. (red)

Kreuzfahrtschiffe belasten Umwelt stark

Tourismus Der weltweit führende Anbieter von Kreuzfahrten, Carnival, ist der grösste europäische Umweltsünder. Dies ist einer Studie des Brüsseler Thinktanks Transport & Environment zu entnehmen, schreibt die «SonntagsZeitung». Die 47 Luxusliner von Carnival samt Unternehmenstöchtern stiessen im Untersuchungszeitraum mit rund 30 Kilotonnen zehnmals mehr Schadstoffe aus als alle 260 Millionen europäischen Autos zusammengenommen. (red)

Neues Stromflugzeug kommt bald

Luftfahrt In der Schweiz steht ein neues Stromflugzeug vor der Einführung. Das elektrisch angetriebene Flugzeug des Schweizer Luftfahrt-pioniers André Borschberg soll bald in Produktion gehen, schreibt die «SonntagsZeitung». Am kommenden Freitag will der Solar-Impulse-Pilot das Trainingsflugzeug H55 mit Elektroantrieb am Flughafen Sitten präsentieren: eine zweiplätzig Maschine, die künftig bei Flugschulen zum Einsatz kommen soll. (sda)

China sieht sich auf Streit gut vorbereitet

Handelsstreit China demonstriert Durchhaltebereitschaft im Handelskonflikt mit den USA. «China wird keine Angst vor Drohungen oder dem Druck der Vereinigten Staaten haben, die die wirtschaftlichen und handelspolitischen Spannungen noch verschärfen könnten», heisst es in einem am Sonntag veröffentlichten Leitartikel in der Zeitschrift «Qiushi» der Kommunistischen Partei. (sda)

Der Briefträger fällt immer öfter aus

Hauszustellung Jahr für Jahr nimmt die Zahl der Häuser zu, die von der Post nicht mehr regulär bedient werden. Dem will das Parlament entgegenhalten. Doch der Bundesrat lässt sich Zeit.

Iwan Städler

Für die meisten Schweizerinnen und Schweizer ist es immer noch selbstverständlich, ihre Post von Montag bis Samstag nach Hause geliefert zu bekommen. Doch die Zahl der Ausnahmen nimmt zu: Immer mehr abgelegene Siedlungen werden von der Post abgehängt.

Ende 2014 waren es noch 897 Häuser, bei welchen Briefe und Pakete nicht mehr regulär zugestellt wurden. Seither hat die Zahl Jahr für Jahr um jeweils über 12 Prozent zugenommen. Dieser Anstieg habe sich auch 2018 fortgesetzt, weiss Andreas Herren, Sprecher der Postregulationsbehörde Postcom. Wie viele Häuser es Ende Dezember waren, wird die Postcom heute Montag bekannt geben, wenn sie ihren Jahresbericht vorstellt. Es dürften gegen 1500 sein.

Dies entspricht – landesweit betrachtet – knapp 1 Promille aller Häuser. Betroffen ist also nur eine kleine Minderheit. Doch auf dem Land geht die Angst um, vermehrt abgehängt zu werden. Entsprechend regt sich politischer Widerstand – von links bis rechts. Sowohl der National- als auch der Ständerat haben zwei gleich lautende Motionen von Raymond Clottu (SVP) und Jacques-André Maire (SP) angenommen, welche die Post stoppen möchten. Ihr Titel: «Postsendungen sollen allen zugestellt werden!»

Dies war vor zwei Jahren. Seither hat der Bundesrat wenig unternommen, um die Vorstösse umzusetzen. Obwohl Motionen verbindliche Aufträge sind, hat er bislang nicht einmal Vorschläge in die Vernehmlassung geschickt. Er scheint das Problem für deutlich weniger akut zu erachten als das Parlament. Beim zuständigen Bundesamt für Kommunikation heisst es nur: «Das Dossier verzögert sich, da weitere Abklärungen nötig sind.» Mehr gebe es nicht zu sagen.

Es trifft Streusiedlungen und Strassendörfer

Noch in diesem Jahr will sich der Bundesrat aber vernehmen lassen. Auf seine Vorschläge darf man gespannt sein. Hat doch die inzwischen zurückgetretene Postministerin Doris Leuthard (CVP) im Nationalrat noch gesagt, die beiden Motionen seien «nicht umsetzbar und schon gar



Die Hauszustellung von Paketen und Briefen an abgelegenen Orten kommt zunehmend unter Druck. Foto: Christian Beutler (Keystone)

«Wir könnten viel mehr Häuser meiden – tun dies jedoch nicht.»

François Furer
Post-Sprecher

nicht finanzierbar». Jetzt obliegt es Simonetta Sommaruga (SP), das offenbar Unmögliche möglich zu machen.

Heute räumt der Bund der Post einen relativ grossen Ermessensspielraum ein. Sie muss eine Siedlung nur dann bedienen, wenn auf 1 Hektare (100 × 100 Meter) mindestens fünf ganzjährig bewohnte Häuser stehen. Auch Haushalte, die maximal zwei Minuten von einer solchen Siedlung entfernt liegen, haben gemäss Postverordnung ein Recht auf Hauszustellung. Sind allerdings die Strassenverhältnisse schlecht oder besteht

für die Briefträger eine Gefahr beim Zustellen, kann die Post trotzdem darauf verzichten.

Nach Ansicht der Postcom genügen diese Regeln nicht. Bei sogenannten Strassendörfern – also Ortschaften, die sich entlang einer Strasse ziehen – sei die Zustellpflicht schnell nicht mehr gegeben. Auch bei Streusiedlungen in Regionen wie Appenzell, Toggenburg und Jura könne die Post die Hauszustellung reduzieren, ohne gegen die Verordnung zu verstossen.

Die Aufsichtsbehörde warnt schon seit längerem vor den Folgen. Die Post stehe unter Kostendruck. Wenn das Sparpotenzial bei den Poststellen ausgeschöpft sei, könne die Hauszustellung noch stärker ins Visier geraten. Die Bewohner abgelegener Gegenden seien aber auf die Post angewiesen. Durch den Internethandel sei das Zustellen von Paketen wichtiger geworden.

Die Post selbst nimmt für sich in Anspruch, sie gehe «sehr umsichtig mit dem Thema um». Man

nutze den gesetzlichen Spielraum bei weitem nicht aus. «Wir könnten viel mehr Häuser meiden – tun dies jedoch nicht», sagt Post-Sprecher François Furer. Stattdessen habe man die Praxis angepasst. Nach Annahme der Motionen durchs Parlament habe man postintern beschlossen, einvernehmliche Lösungen zu suchen. «Im Zweifelsfall entscheiden wir eher für als gegen unsere Kunden», so Furer.

Wehrt sich der Kunde, gebe man nach, sagt die Post

Will heissen: Die Post fährt zwar weiter mit dem Überprüfen, wo sie noch zustellen muss und wo nicht. Wehren sich die Kunden, gibt sie aber in der Regel nach. Wohl auch, um den politischen Druck zu mildern. Dies gilt aber nicht für alle Fälle. So kommt es weiterhin zu Streitigkeiten, bei welchen die Postcom entscheiden muss. Deren Zahl sei aber gesunken, so Sprecher Herren.

Oft hilft das Anbieten einer sogenannten Ersatzlösung durch

die Post. Man einigt sich etwa auf einen weniger abgelegenen Zustellort oder vereinbart, Briefe und Pakete nur noch zweimal pro Woche zuzustellen. Gerne würde die Postcom bei solchen Lösungen mitreden. Doch das heutige Gesetz sieht dies nicht vor, weshalb das Bundesverwaltungsgericht eine solche Einmischung untersagt hat.

Der Bundesrat hätte es in der Hand, dies zu ändern, indem er für eine rechtliche Grundlage sorgt. Aber er lässt sich fürs Anpassen der Regeln Zeit. Zu viel Zeit, findet der Berner SVP-Nationalrat Erich von Siebenthal. Er hat eine Art Durchsetzungsmotion eingereicht. «Es macht den Anschein, als sei der Bundesrat nicht bereit, den Parlamentswillen umzusetzen», rügt von Siebenthal und verlangt Änderungen auf Gesetzesstufe, sodass Haushalte in Randregionen «nicht mehr vom Service public abgeschnitten werden». Der Bundesrat beantragt dem Parlament, die Motion abzulehnen.

Raiffeisen-Delegierte setzen ein vorerst letztes Zeichen

Affäre Vincenz Genossenschafter lehnen den Vergütungsbericht ab.

Die Delegiertenversammlung ist das höchste Gremium der Raiffeisen. In der Vergangenheit haben die Delegierten der regionalen Genossenschaften wegen der Affäre Vincenz den Bankchefs immer wieder Druck gemacht. An der diesjährigen Versammlung zeigten sie noch einmal ihren Unmut und lehnten den Vergütungsbericht für das vergangene Geschäftsjahr ab.

Der Raiffeisen-Verwaltungsrat erhielt 2018 eine Gesamtentschädigung von 2,71 Millionen Franken, 5,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Bei der Geschäftsleitung

gingen die Bezüge zurück. Sie erhielt eine Gesamtentschädigung von 7,32 Millionen Franken, fast 4 Millionen Franken weniger als im Vorjahr. Rechtlich bindend war die Abstimmung nicht. Darum ging es den Delegierten aber auch nicht. Kurt Sidler ist Vorsitzender der Raiffeisen-Verbandspräsidenten und leitet eine Arbeitsgruppe, die die Bank reformieren soll. Er war an der Delegiertenversammlung dabei und sagt: «Man hat gemerkt, dass viele Delegierte verärgert waren, vor allem über die Bezüge des alten Verwaltungsrats. Deshalb hat

man noch einmal ein Zeichen setzen wollen.» Damit sei nun aber auch ein Schlussstrich unter die Affäre gezogen worden, sagt Sidler. Nicht zur Abstimmung kam am Samstag die Entlastung des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung für das vergangene Jahr.

Vertrauen der Delegierten

Im vergangenen Jahr amtierte Johannes Rüegg-Stürm als Verwaltungsratspräsident, ehe er ad interim durch Pascal Gantenbein ersetzt wurde. Rüegg-Stürm wurde die Affäre Vincenz zum

Verhängnis. Letzterem droht eine Strafklage wegen ungetreuer Geschäftsbesorgung. Der neue Verwaltungsrat unter Präsident Guy Lachappelle genießt nun aber das Vertrauen der Delegierten, sagt Sidler weiter.

Die Raiffeisenbank hat beim Lohn der Chefs bereits reagiert und einen neuen Vergütungsrahmen vorgestellt. Dieser wurde genehmigt, schreibt die Bank. Bereits auf Anfang Jahr hat Raiffeisen die Vergütungspraxis für den Verwaltungsrat angepasst. Sitzungsgelder und Spesen wurden abgeschafft. Auf den 1. Juli

tritt nun auch für die Geschäftsleitung der Bank ein neues Lohnregime in Kraft. Deren Mitglieder sollen brutto weniger als 1 Million Franken pro Jahr verdienen. Ausgenommen von dieser Regelung ist Raiffeisen-Chef Heinz Huber. Er erhält maximal 1,5 Millionen Franken. Sein Vorgänger, Patrick Gisel, der vergangenes Jahr die Bank nach dem Bekanntwerden einer Beziehung mit einer Verwaltungsrätin verliess, erhielt 2017 rund 1,8 Millionen Franken netto.

Philipp Felber-Eisele